

In Berlin müssen wieder alle gleich sein

☒ Dass es nicht ganz egal ist, welche der „etablierten Parteien“ eine Regierung bilden, erleben gerade die Berliner. Dort hat das rot-rote Regierungsbündnis – früher nannte man es SED – soeben die Hauptschulen abgeschafft, um endlich per Erlass die Ideologie von der Gleichheit aller Menschen durchzusetzen, die bislang an der Realität gescheitert war. Leidtragende sind die Klugen und Fleißigen, die jetzt keine Möglichkeit mehr haben, ihre Fähigkeiten ohne Belästigungen durch kriminelle Proleten zu entwickeln.

SPD und Linkspartei haben bestimmt: Hauptschulen werden abgeschafft. In Zukunft gibt es nur noch Gymnasien und „Sekundarschulen“, die ebenfalls zum Abitur führen. Die Schulen dürfen sich nur 60% der Schüler selber aussuchen, den Rest bestimmt ein kompliziertes Quotensystem. Die [FAZ berichtet](#):

Obwohl Berlin eine sehr große Stadt ist, mit Hunderten Oberschulen und ohne offizielles Schulranking, wissen viele Eltern sehr genau, warum sie bestimmte Schulen meiden und andere schier überrennen mit Bewerbungen. Das hat fast immer mit der Zusammensetzung der Schülerschaft zu tun, mit dem Anteil von Kindern aus schwierigen Verhältnissen. Und es spielt eine große Rolle, wie viele Eltern von Schülern mit „nichtdeutscher Herkunftssprache“ aus der Türkei oder dem Libanon kommen. Sind es besonders viele, will man diese Schule dem eigenen Kind ersparen – und zog bisher dafür notfalls sogar vor Gericht. Dort wurde natürlich nicht dieser Umstand geltend gemacht, sondern die Wohnortnähe, zur Not auch mit fingierter Adresse belegt. Das wird nach der Reform nicht mehr möglich sein. Vor allem Eltern aus bildungsbürgerlichen Vierteln argwöhnen darum, die rot-rote

Stadtregierung wolle mit ihrer Strukturreform die soziale Mischung an den Schulen der Katastrophenviertel beeinflussen.

Doch der Kern der Operation ist die Abschaffung der Hauptschule. Sie sei tot, jubelte die „taz“ schon im Sommer. Und die Hauptschüler? Die bleiben natürlich, und es sind erheblich mehr, als der denunzierende Begriff „Restschule“ glauben machen will. Zählt man die Schulversager und jene zusammen, die einen einfachen oder erweiterten Hauptschulabschluss schaffen, sind das zwischen achtundzwanzig und dreißig Prozent eines jeden Jahrgangs. Ob sich deren geringe Chancen auf einen Ausbildungsplatz künftig verbessern, wenn sie das Zeugnis einer Sekundarschule vorweisen, darf bezweifelt werden. Die Kultusministerkonferenz will den stigmatisierten Abschluss umbenennen in „Berufsbildungsreife“. Ob sich Lehrherren davon beeindruckt lassen? Sie können heute schon unter Abiturienten und Realschülern wählen und entscheiden sich lieber für diese als für den Hauptschüler.

Die Berliner Schulreform ist eine bildungsideologische Großtat mit ungewissen Nebenwirkungen. Sie gibt vor, das Gymnasium, anders als in Hamburg, nicht anzutasten. Gleichwohl finden sich gerade unter den Schulleitern der Gymnasien die meisten Kritiker der Reform. Sie fürchten wegen des Losverfahrens um ihre sorgfältig aufgebauten Profilklassen für intensiven Sprachunterricht, musische Fächer oder Naturwissenschaften. Und sie halten diesen radikalen Laborversuch am lebendigen Kind für äußerst fragwürdig. Begabte Kinder aus Berlins sozialen Brennpunkten mögen an einer Schule in bürgerlichen Vierteln bessere Chancen haben als bisher. Doch wenn das Grundprinzip des Gymnasiums, wonach Leistung entscheidet und nicht Herkunft, umgangen wird und Eltern ihr Kind hineinlosen in eine permanente Überforderung, dürfte der Absturz nach einem Probejahr kaum pädagogisch wertvolle Folgen haben.

Wie oft, wenn uns Schlechtes widerfährt, führt die Spur zu zugewanderten Problemfällen aus der Türkei und Libanon. Indem man diese Tatsache bis hin zur Erfindung neuer Schulformen zu vertuschen versucht, wird man die Probleme nicht lösen, sondern verschlimmern.